

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Ausgabe

Nr. 46

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorabzahlung. — Geldsendungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 16. November 1928.

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Jobstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonnr. West 51546. — Redaktionschluss ist Samstag Mittag.

29. Jahrg.

## Das Eigentum nach christlicher Auffassung.

Das Christentum ist die Religion aktiver Liebe und Gerechtigkeit. Wo diese Wesensbestandteile der Gemeinschaft verletzt werden, hören die Menschen auf, Christen zu sein. Wer also erkannt hat, daß eine ehrliche Volksgemeinschaft nur aus einem wurzelhaften Christentum heraus möglich ist, muß gegen alle Verletzung ankämpfen bei sich selber und allen, mit denen sich auseinanderzusetzen er in die Lage versetzt ist, sei es auf geistigem, politischem oder wirtschaftlichem Gebiete. Duldendes Gewährenlassen offener und abstellbarer Übergriffe materialistischer Begehrlichkeit ist moslemitischer Fatalismus, aber kein in lebendiger Tat Fleisch gewordenes Christentum. „Ich bin nicht gekommen, den Frieden (den morschen, aus dem „Rechte“ des Stärkeren sich herleitenden Frieden) zu bringen, sondern das Schwert.“ Die Menschheit aus der Knechtschaft der Sünde und des Mammons zu befreien und in brüderlicher Gesinnung zusammenzuführen, ist die Aufgabe, die der göttliche Stifter auch dem modernen Christen als heilige und unabdingbare Pflicht hinterlassen hat. Die entgegenstehenden Hindernisse können nur ausgerottet werden, wenn wir unumsichtiglich die Axt an die Wurzel des Übels legen. Die durch kapitalistische Willkür gewordenen Zustände bleiben Unrecht, selbst wenn sie auf formalrechtliche Sanktionen sich stützen. Sie sind nicht sakrosankt, und die Gemeinschaft muß sich gegen die Anschauungen, die das Unrecht schufen und immer wieder auf's neue zu schaffen suchen, zur Wehr setzen. Nicht aus der gleichen materialistischen Grundeinstellung, die lediglich die Rollen tauschen möchte, sondern in Erfüllung des Christengebotes von der Liebe zum Nächsten und der Ermöglichung der Verheißung des Friedens für alle Menschen, die da guten Willens sind. Die ganze Arbeit der christlichen Gewerkschaften basiert auf diesem Willen. Sie sind daher der aktive Niederschlag christlicher Sozialgesinnung und Sozialwirkens. Wer aus irgendwelchen Gründen dem Kapitalismus mit seinen Schattenseiten den Steigbügel hält, macht sich zu seinem Mitschuldigen und verurteilt sich selber zum Erbannten materialistischer Machterweiterung. Das aber tun die sogenannten „wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine“, die ihrer ganzen inneren Struktur nach unfähig sind, am Aufbau einer christlichen Gewerkschaft mitzuarbeiten.

Es gibt Leute, die im Christentum lediglich einen Polizeibüffel sehen, der dafür herhalten muß, sich schützend vor ihnen mehr oder weniger unrecht erworbenen Mammon zu stellen, um anderen die gleiche Begehrlichkeit, mit der sie selber in die „eigene Scheune sammeln“, zu unterbinden und die so, im skrupellosten Materialismus befangen, einen sehr schiefen christlichen Eigentumsbegriff konstruieren. Unwillkürlich wird man hier an den biblischen Vorgang erinnert, wo Christus die Händler und Schänder des Heiligen mit ihrem ganzen Plunder aus dem Tempel hinaus auf die Straße warf. Das Privateigentum ist nach christlichen Begriffen eine gegebene Selbstverständlichkeit. Das rechtmäßig erworbene Eigentum ist geschützt gegen unrechtmäßige Eingriffe. Das Eigentum der wirtschaftlich Schwachen aber ist ihre Arbeitskraft, die genau so geschützt werden muß gegen unrechtmäßige Ausnutzung. Eigentum und Mammon, der im Mißbrauch fremder Arbeitskraft nimmersatter Begierde frönt, sind zweierlei. Die Gebote: „Du sollst nicht stehlen und begehren“, gelten auch für die, denen die wirtschaftlichen Güter anvertraut sind. Wenn sie selber keine Ehrfurcht vor dem haben, was andern gehört, so ist es Blasphemie, das Christentum zum Schutze ihrer materialistischen Willkür anzurufen.

Kein Wunder, daß Leute von solchem Schlage die christlichen Gewerkschaften, die diesem groben Unfug energisch zu Leibe rücken, gründlich unbehagen sind. Mit allen Mitteln suchen sie dieselben, die ihnen letzten Endes allein gefährlich werden können, niederzuhalten. Mit Vorliebe bedienen sie sich dafür Wissenschaftler oder willfähriger Arbeiter, weil sie sich davon eine durchschlagende Wirkung versprechen. So macht sich der „Arbeiter“führer Johannes Wolf in der Nr. 202 vom 29. August 1928 der „Dommerschen Tagespost“ zu ihrem Dolmetsch. Unter der Überschrift: „Christliche Revolution“ rennt er gegen die christlichen Gewerkschaften „der Richtung Stegerwald—Adam Röder“ an: „Ich habe immer behauptet, daß jede Art von Sozialismus im Marxismus endet. Es ist kein

Zufall, daß die christlichen Gewerkschaften im Laufe weniger Jahrzehnte so eng an die Sozialdemokratie heranrückten, daß sie in mancher Beziehung kaum noch voneinander zu unterscheiden sind. Als die christlichen Sozialökonomien die Lehre vom Unternehmer als Ausbeuter der Arbeiter, von der Arbeit als Ware, vom unüberbrückbaren Gegensatz der Interessen von Unternehmer und Arbeitnehmer aufnahmen, mußten sie dem marxistischen Sozialismus rettungslos verfallen.“ Was die christlichen Gewerkschaften mit Adam Röder zu tun haben, ist unersichtlich. Die landläufige Bezeichnung: Sozialismus hat mit seinem ursprünglichen Sinn gar nichts mehr zu tun. Trotzdem haben sich die christlichen Gewerkschaften in keinem Stadium der Entwicklung Sozialisten genannt. Sie standen gegen die marxistischen Sozialisten in der gleichen scharfen Frontstellung, wie gegen die Kapitalisten, die beide der gleichen materialistischen Wurzel entsprangen und an deren Stelle sie die christliche Gerechtigkeit gesetzt wissen wollten. Die christlichen Gewerkschaften sind nicht „eng an die Sozialdemokratie herangerückt“, höchstens umgekehrt. Wenn sie im Tageskampfe manche Wege gemeinsam gehen, so ist das nackte Notwehr derer, die man niederzuhalten sucht. Daraus eine Gesinnungsannäherung herzuleiten, vermag nur jemand, der die Dinge nicht kennt oder aber sie demagogisch für seine eigennützigen Zwecke umzubiegen sucht. Die christlichen Sozialökonomien haben nicht die Lehre vom Unternehmer als Ausbeuter der Arbeiter, von der Arbeit als Ware „aufgenommen“, sondern haben sie als eine vom Kapitalismus geübte, das Christentum negierende Tatsache gebrandmarkt. Einem „unüberbrückbaren Gegensatz der Interessen von Unternehmern und Arbeitern“ haben sie nie das Wort geredet. Sie haben im Gegenteil stets die gemeinsame Verbundenheit betont, die allerdings nur durch die Einordnung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in die wahre Gemeinschaft Gleichberechtigter und Gleichgeachteter möglich wäre. Gänzlich abwegig ist es, wenn Wolf aus seinen falschen Prämissen die Schlussfolge zieht: „So mußten die christlichen Gewerkschaften zu Gegnern des Privateigentums werden.“ Der Versuch, den Beweis dafür zu erbringen, zeigt lediglich die böswillige Leichtfertigkeit, mit der Wolf Behauptungen aufzustellen pflegt. Stegerwald habe, so beginnt der Beweis, 1921 die Forderung nach „Gemeinwirtschaft“ aufgestellt. Jedermann weiß, daß er mit dieser Forderung sagen wollte, die Wirtschaft müsse nach dem Gesichtswinkel der Gemeinnützigkeit gehandhabt werden. Gewiß stehen die christlichen Gewerkschaften

auf dem Standpunkte, daß der Privatbetrieb nicht die einzige und höchste Wirtschaftsform ist, daß neben ihm auch der Genossenschaftsbetrieb das Recht auf Leben hat, darin liegt aber doch kein Kampf gegen das Privateigentum. Im Gegenteil soll die Möglichkeit, es zu erwerben, nun auf einen größeren Kreis ausgedehnt werden. Der zweite Beweis: Stegerwald sagte am 6. Dezember in Mayen: „Zwischen mir und der Sozialdemokratie ist kein Unterschied in der Marschrichtung, sondern nur im Tempo der Vorwärtsbewegung.“ Dritter Beweis: Prälat Dr. August Pieper schrieb ein Buch, in welchem es heißt, daß allein vom Sozialismus eine Verbesserung unserer sozialen Zustände erwartet werden könne.“ Vierter Beweis: Von Pater Pesch wird im „Deutschen“ ein Buch besprochen, das Wolf nicht kennt, von dem er aber sagt, daß es „das natürliche Recht auf Privateigentum leugnet“. Pater Pesch hat nichts anderes gesagt, als was wir oben als christliche Auffassung darlegten, daß es vor Gott kein Eigentumsrecht gibt, das sich aus der Ausbeutung des Nächsten herleitet, und daß nur ein solches Eigentum mit den christlichen Grundgesetzen konform geht, das ehrlich erworben wurde. Und Stegerwald wird kein vernünftiger Mensch zum Vorwurf machen, daß er mit den Sozialdemokraten paktiert. Der zitierte Ausspruch hat lediglich soziale Reformen im Auge, wie auch Prälat Pieper das Wort Sozialismus nach dem ganzen Zusammenhang nicht im Sinne von Sozialdemokratie gebraucht hat. So geht es allemal, wenn man etwas behauptet, was man gerne möchte, und nachher kramphast Beweise suchen muß. Schließlich sind Worte, die man aus dem Zusammenhang herausgreift und die hier und da überspißt in polemischer Abwehr gesprochen oder geschrieben wurden, nebensächlich. Worauf es ankommt, ist der innere Wesenskern, aus dem heraus die Dinge gesehen und die Verhältnisse gemeistert werden. Und da können die christlichen Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen, daß sie zur Erhaltung des Privateigentums mehr getan haben, als die Kreise um Herrn Wolf. Weil ihr ganzes Wollen und Handeln auf die Durchsetzung christlicher Gerechtigkeit eingestellt ist. Das allein verbürgt die Ehrfurcht vor rechtmäßigem fremden Besitz, ist die sicherste Gewähr für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer auf ehrlicher Brüdergesinnung aufgebauten Gemeinschaft. Wer sich dagegen zum Schütze der Ungerechtigkeit macht, diese gar mit christlichen Floskeln zu verbrämen sucht, der trägt damit bei zur Verbreitung der chaotischen Unordnung, die das Menschentum uns bescherte, mit der der Sozialismus das Massendenken vergiftete und bei der die „Wirtschaftsfriedlichen“ die üble Rolle des Schrittmachers spielen. Alle drei aus dem gleichen Holze geschnitzt. S. W. R.

## Arbeiterschaft und Bodenreform.

Über dieses Thema sprach Abgeordneter Joos auf der Anfang Oktober abgehaltenen Tagung der Bodenreformer in Koblenz. Das Referat ist bedeutsam genug, daß wir es im Auszug wiedergeben. Joos führt u. a. aus:

Warum hat das Land mit dem besten sozialpolitischen System, Deutschland, die relativ stärkste soziale Spannung und die unruhigste Industriearbeiterschaft? Der entscheidende Gesichtspunkt ist der: Industrielle Arbeit und naturgemäße Lebensreform sind bei uns stärker auseinander geraten, als in anderen Ländern und Völkern. Das belegte der Redner mit folgenden Darlegungen:

Wir Deutsche haben einen Hang zur Übertreibung. Was wir machen, das machen wir mehr als ganz. Auch im Unrichtigen. So marschierten wir in den Industrialismus hinein, etwas naiver und stürmischer als andere. Wir bemächtigten uns der Technik und sie nahm uns gefangen. Unser Volk wuchs. Noch schneller wuchs die Konzentration an bestimmten Orten und in bestimmten Gebietsteilen des Reiches. Die Wirtschaft wurde stark materialisiert, die Arbeit mechanisiert, die Verwaltung bürokratisiert, die Wohnweise massiert, die Familie isoliert, die Religion privatisiert und die Masse der Menschen radikalisiert. So traf uns der Weltkrieg. So gingen wir durch ihn hindurch. Und so traf uns die Katastrophe. Und nun sichten wir da unter Zwangsläufigkeiten. Wir sind ärmer, wir müssen billiger produzieren, als

früher. Also müssen wir stärker rationalisieren in der Arbeit und in den Betrieben. Das ist unser Schicksal. Rationalisierte Wirtschaft, rationalisierte Arbeit brauchen Ergänzung, Ausgleich. Was die Technik nimmt, muß vom Geiste wieder herein. Maschine muß durch Natur, Fabrik durch Heim, Mechanisierung durch Persönlichkeitskultur ausgeglichen werden. Die Wirtschaft, die das begreift, erhält sich. Die dafür blind ist, zerstört sich.

Man denkt an Zeit, an Recht, an Besitz für die industrielle Lohnarbeiterschaft und glaubt hierin die Entproletarisierung finden zu können. Joos weist nach, daß die Gewinnung von Zeit, Recht und Besitz noch keine Lebenssteigerung und Lebenserhöhung ohne weiteres bedeutet. Es sei alles nur Vorbedingung dazu. Außerdem sei die verfügbare Lohnsumme begrenzt. Und wir sehen zu, wie sie künstlich immer weiter begrenzt wird. Sie hängt mit etwas zusammen, was fest und geordnet sein sollte, tatsächlich aber beweglich und ungeordnet ist: die Bodenfrage. Demokratisierung der Aktienbeteiligung kann zwar mitbesitzende Arbeiter schaffen, aber noch kein in sich ruhendes Arbeitervolk. Dazu gehört Heim und Erde.

Wir leben unter Widersprüchen. Es wird eingemietet, um siedeln zu können. Und es wird private Bodenpreispolitik gemacht, um verdienen zu können. Das eine schließt das andere aus. Der Boden ist keine Ware gleich einer

anderen. Er ist die Grundlage der Existenz des Gesamtvolkes. Er ist nicht herstellbar, nicht vermehrbar, nicht transportierbar. Darum ist seine Verteilung so folgenreich. Darum muß die Rechtsordnung, unter die der vaterländische Boden gestellt ist, so geartet sein, daß sein Gebrauch der allgemeinen Wohlfahrt und einer gesunden Volkswirtschaft entspricht und Mißbrauch unmöglich gemacht wird. Der sesshafte Arbeitsbauer sollte sich nicht identifizieren mit dem unsteten Spekulationsbauern, oder gar dem Grundstückspekulanten.

Der preußische Wohlfahrtsminister wird sein Städtebaugesetz bald im Landtag wieder einbringen. Hoffen wir, daß er mit den Widerständen endlich fertig wird. Der Reichsheimstätten-gedanke marschiiert. Die Zahl der Ausgeber mehrt sich. Fehlt nur noch billiges Bauland. Hier ist die Lücke, die in den Grundrechten der Weimarer Verfassung umschrieben wird, das fehlende Bodenreformgesetz. Die volle Auswirkung des Reichsheimstättengesetzes ist von der Bodenbeschaffung abhängig. Für die Kinderreichen wird das alte Elend in erhöhtem Maße wieder beginnen, sobald die schrankenlose Verfügungsgewalt über den Wohnraum wieder in die Hände des Privatbesitzes zurückgelegt sein wird. Dann werden die Kinderreichen sehr schwer mehr Wohnung finden. Fällt die Zwangswirtschaft, so muß ein soziales Mietrecht an die Stelle treten. Das „Wohnheimstätten-gesetz“ (Bodenreformgesetz) wird nicht mehr von der Tagesordnung des Reichstags verschwinden können. Das Gesetz wäre bereits unter Dach, wenn man sich der volkspolitischen Tragweite unserer beschämenden Behausungsziffer stärker bewußt wäre.

Die innere Not der Proletarierfamilien ist so weit vorangeschritten, daß die Bindungen einer Reichsheimstätte oder eines Eigen-

heims nicht mehr schrecken. So unbekannt die Formen vom Erbbau noch sind, die Idee der Trennung zwischen Bodenbesitz und Hausbesitz selbst wird begriffen. Die Hauptsache ist, daß möglichst viele zu gesundem Wohnen und Siedeln gelangen können. Sicher gibt es auch in der industriellen Lohnarbeiterchaft Natur-entfremdete. Gerade darum müssen wir das arbeitende Industrievolk für Boden, Garten und Heim zurückgewinnen. Niemand ist ärmer, als der reine Proletarier. Er kann nur arbeiten und leben, wenn die nicht ihm gehörenden Arbeitsmittel der Fabrik ihn brauchen können. Ein solcher Mensch ist ein halber. Er steht mit seiner Existenz gleichsam auf einem Bein. Soll er sicher auf zweien stehen, dann müßte er einen Flecken Erde haben.

Es ist gefährlich, wenn auch bei uns die Angst vor dem Leben um sich greift. Schon flackert der Lebenswille unseres Volkes unsicher, das Wachstum verlangsamt, die Städte werden steril. Und doch hat die Erde Raum für alle, wenn diese Erde nur weise verwaltet und nicht unweise der Willkür und dem Kleinmutz verbleibt. Manche wollen Klein- und Kleinstwohnungen. Das ist ein Holzweg. Er führt zur Lebens- und Familienverneinung.

Arbeiterchaft und Bodenreform gehören zusammen. Das Proletariatschicksal treibt aus sich heraus zu neuem Bodenrecht, zu neuer Bodenordnung, als Grundlage geordneten Volkslebens. Darum muß die schaffende Arbeit der Bodenreform helfen. Damit hilft sie sich selbst. Beide im Bunde miteinander können verhindern, daß „die Ordnung der Welt über den Haufen geworfen wird“, indem sie an der Herstellung einer wirklichen Ordnung mitschaffen in einem mit Lebenswillen erfüllten deutschen Volke.

liegen, weil der fehlende Raum eine Vielheit von Menschen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zusammenzwängt. Eine anständige Wohnung aber ist ein teurerer Artikel. Sodann: Die Demokratie ruft jeden auf zu tätiger Anteilnahme am öffentlichen Leben. Diese Anteilnahme jedoch setzt durchweg eine Reihe von Auslagen für die Heranbildung zu derselben voraus; denn das öffentliche Leben in seinen vielen Verwicklungen lieft sich nicht wie eine Kinderfibel. Das hinwiederum — ein einfaches Rechenexempel! — setzt auch bei dem Ärmsten einen Lohn voraus, der Raum läßt zu solchen Auslagen zur Erledigung der einfachsten staatsbürgerlichen Pflichten. Oder soll unsere Demokratie eine Plutokratie, d. h. eine Herrschaft des Geldbeutels werden?! Wenn sie aufbauen soll auf einer wirklichen Führerauslese, dann wissen wir und wollen es allenthalben vernehmbar verkünden: Auch der Arme hat seine Würde und seine Berufung!

\*

So wird für den arbeitenden Menschen die Lohnfrage zu einer Lebensfrage. Und damit ergibt sich in weiterer Schlussfolgerung, die fundamental ist für die ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: Soll es ewig sein Bewenden haben bei der jetzigen Regelung, die das ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsleben auf dem Lohnsystem errichtet? Oder sind nicht Formen möglich, die es mildern, vielleicht indem sie andere Quellen für das Einkommen des Arbeiters mit erschließen, die etwa in irgendeiner Form des Mitbesitzes usw.? Sicherlich kann kein redlich Denkender das Wort von Karl Marx bestreiten, daß es nicht die Natur sei, die auf der einen Seite Geld- oder Warenbesitzer und auf der anderen Seite bloße Besitzer der eigenen Arbeitskraft erzeuge. Das heutige Lohnsystem jedoch macht den Arbeiter tatsächlich zum *Nur-Lohnarbeiter*, als ob er von Natur dazu abgestempelt sei. Da gilt es, in ruhiger Überzeugung, aber mit zähem Willen eine Änderung zu erstreiten, die das Naturwidrige an Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausmerzt. Wir dürfen überzeugt sein, daß wir da auch die Besten unter den Unternehmern mitreißen werden, jene, denen der Respekt vor der Menschenwürde höher steht als der Geldbeutel. Jedenfalls ergibt sich die grundlegende Bedeutung der Lohnfrage für das ganze Gemeinschaftsleben. Wer die Überwindung des „rechenhaften“ Menschen will, der kämpfe und strebe mit, daß nicht Millionen von arbeitenden Menschen jede Äußerung eines höheren Lebens vorsichtig „berechnen“ müssen und oft ver-zweifelt dastehen, weil es „dazu nicht langt“.

(Schluß folgt)

## Christliche Gewerkschaften und Kultur.\*)

(Fortsetzung)

Was die Erweckungsarbeit der Gewerkschaften leistet, das ist eine „Unruhe zur Kultur“. Nur selten freilich wird man auf diese oder eine ähnliche Bezeichnung stoßen. Die gewerkschaftliche Tagesarbeit muß sich herber und härterer Sprache bedienen, wie in jenem Wort von der „verdammten Bedürfnislosigkeit“, das man, als den Begriff des zunächst zu Bekämpfenden, über alle Anfangsarbeit der Gewerkschaft setzen kann. Wer wissen will, ob dieser Kampf nicht doch im Animalischen, im grob Materiellen stecken bleibt, der stürze sich einmal mitten hinein in den Strudel solchen Kampfes. Ist er wirklich mit Leib und Seele dabei, so wird er bald schon staunend gewahren, wie inmitten der Massen, deren Horizont nur die Welt der materiellen Interessen berührt, eine Gemeinde von Idealisten wirkt, mit der zu schaffen ein Hochgefühl eigener Art ist. Denn nichts wirkt ergreifender und eindringlicher als die blühende Blume im wüsten Gestein. Opfernder, sich selbst hingebender Idealismus in einer Masse, die sich noch nicht vom Animalischen losgerungen, wirkt wie die Liebe, die nicht nur alles versteht, sondern die auch jedermann wortlos verständlich ist. In der Begründung solcher Gemeinden erwirkt die „Unruhe zur Kultur“, zu der die Gewerkschaft ein einziger großer Becken ist, die Grundlegung von Anjäten, von denen jedes Gemeinschaftswesen großen Stils seine Ent-wicklung nehmen kann. An diesem Punkte erfährt er, der sich selber das Erlebnis erstritten hat, daß Kultur nicht Menschenwerk ist, sondern Werk einer Menschheit, die sich selber erst herausbilden muß, um als Menschheit wirken zu können.

Schaffen am Werk einer Menschheit aber will die Gewerkschaft. Und sie will es, darin nimmt sie die mittelalterliche Überlieferung wieder auf, von der Arbeit aus. Gewerkschaftsstreben ist Kulturschaffen durch Erneuerung der Arbeit.

Wenn wir von „Arbeit“ in diesem Zusammenhang reden, so ist darunter mehr zu verstehen als das Werkstattschaffen des Handwerkers und der Handgriff des an die Maschine gefesselten Fabrikarbeiters. Wir verstehen darunter die „ganze Welt der Arbeit“ in all ihren Beziehungen bis in das intimste Leben des einzelnen Arbeiters und seiner Familie und bis in die entlegensten Gebiete des öffentlichen Lebens hinein. Diese Welt der Arbeit gilt es zu erneuern, und daran mitzuarbeiten, ja, sie wenn möglich selber größtenteils zu leisten, setzt sich die Gewerkschaft zum Ziel. Ist das nicht groteske Überheblichkeit und sündige Vermessenheit? Man muß sich einmal die ganze Klust vorstellen, die die Welt der Arbeit von heute von der Welt der Arbeit im Mittelalter trennt, um die unheimliche Größe der Aufgabe zu erfassen. Da mal, im Mittelalter, eine ständische Gliederung, in der die Arbeit in allen ihren Beziehungen zu voller Gleichwertigkeit gelangt war, in der dem einzelnen seine „Nahrung“, seine Existenz gesichert war auf der Grundlage gegenseitiger Solidarität unter dem Schutz genossenschaftlichen Überbaus und bei Überwindung etwaiger Mängel und Fehler durch eine fröhlich sprießende Karitas, die nichts Entehrendes an sich

hatte. Der Vollzug der Arbeit selber in den geruh-jamen Formen des Kleinbetriebs und als Ausfluß eines selbstsicheren, handgreiflichen Berufsvollzugs — heute dagegen der zentralisierte Großbetrieb mit einer alles beherrschenden Maschinerie, mit dem Risiko der Konjunktur und Arbeitslosigkeit, deren Anziehung und Abstößung einer „industriellen Reserve-armee“, mit dem Diktat einer Maschine, die allenthalben dem ersfindenden Techniker noch das Hochgefühl des Schöpfers gibt, die Massen der „Ausführenden“ aber in strengster Botmäßigkeit hält; die Herabsetzung und Degradierung des schaffenden *Wollindividuum*s zum *Teilindividuum* in der Gestalt des Teilarbeiters, der in endloser Wiederholung immer denselben kümmerlichen und verkümmerten Handgriff auszu-führen hat; Kapitalismus und Imperialismus mit ihrer Schranken- und Grenzenslosigkeit, die den einzelnen zu Boden tritt, die Familie auseinanderreißt und die Völker brandschaft und in drückende und erdrückende Steuerfron schlägt; dazu dann haßerfüllter Klassen-kampf, der den Faustkampf verkündet und die Massen aufpeitscht, sich der Wollust einer Allvernichtung preiszugeben. Wie will da die Gewerkschaft, die sich doch selber das Arbeitsfeld abgegrenzt hat und ur-sprünglich nichts will als die Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu ihrem Ziele ge-langen? Steht sie nicht wie ein Zwerg dem Riesen gegenüber, der ihrer lacht und spottet und jeden Augenblick sie zu zerstampeln droht? Muß da nicht verzweifeln, wer die Dinge so sieht, wie sie sind und sich nicht in Illusionen wiegt?

Wiederum ist zu sagen: Wer nur am Äußerer haftet, hat recht mit seinem Spott oder seiner Ver-zweiflung. Lohn- und Arbeitsbedingungen wirken wie ein lächerlich winziger Ausschnitt aus einem un-geheuren, kaum überschaubaren Ganzen. Wer dagegen tiefer dringt, der erkennt die Einwirkung auf sie als den Punkt, von dem aus diese ganze Welt aus den Angeln gehoben werden kann, um durch eine neue ersetzt zu werden. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus gesehen, ist der Lohn dem Arbeiter einfach alles: er ist die Grundlage seiner Existenz. Der Arbeiter hat ja nichts als seine Arbeitskraft, und darum — nicht durch seine eigene Schuld — ist es eine lebenswichtige Sache für ihn, wie und in welcher Höhe die Ver-wendung seiner Arbeitskraft entlohnt wird. Das heutige Arbeitsverhältnis stellt nicht Leben und Existenz des Arbeiters sicher, wie es die Arbeits-gemeinschaft des Mittelalters tat, die zugleich Lebens- und Familiengemeinschaft war. Weil dem Arbeiter in der Regel keine andere Einkommensquelle fließt, ist sein Leben einfach ein Rechenexempel geworden, denn das Leben von heute hat durchschnittlich keine Vorgänge, die „nichts kosten“. Alles muß irgendwie „bezahlt“ werden. Gewiß schlägt sich auch mancher schlechtbezahlte Tagelöhner in vorbildlicher Ehren-haftigkeit durch sein mühsames und qualvolles Leben. Unsere Hochachtung all diesen Tapfern! In der Regel aber setzt die Pflicht, menschenwürdig zu leben, eine anständige Entlohnung voraus. Die primitivste Sitt-lichkeit im Familienleben verlangt eine Wohnung, in der nicht schon die Kinder wissend werden um die in-timsten Vorgänge, die der Generationenfolge zugrunde

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf auf-merksam, daß für die Zeit vom 11.—17. November 1928 der 46. Wochenbeitrag im Jahre 1928 fällig ist.

Münberg. Die Anschrift hat sich geändert. Sie lautet jetzt: Bogenstraße 31, Telefon 44 087.

### Stetteltafel.

Margrit Rothe, Einzieherin, 23 Jahre, Todtnau, Philipp Hartmann, Maurer, 50 Jahre, Niederurschel, Raver Steinte, Werkzeugarb., 85 Jahre, Laupheim, Carl Suhm, Anstreicher, 60 Jahre, Pohna, Heinrich Schmeyer, Schreiner, 28 Jahre, Freckenhorst. Ruhest in Frieden!

### Verlorene Bücher.

Nr. 294 305, Johann Hochhäuser; Nr. 23 225, Franz Hucke; Nr. 79 419, Josef Götting; Nr. 256 137, Peter Klemann; Nr. 256 141, Martin Koch; Nr. 280 168, Hein- rich Faulhaber; Nr. 117 051, Dorletts Hirlander.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Euskirchen. Das Lohnabkommen für das Holz-gewerbe im Rheingebiet wurde durch den Reichs-arbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt.

Die freie Schreinerinnung von Euskirchen machte alle möglichen Anstrengungen, um zu verhindern, daß der Vertrag auch für Euskirchen für allgemeinver-bindlich erklärt würde.

Zur Begründung führten die Arbeitgeber an, daß sozial Vehrlinge vorhanden seien, daß die Betriebe mit Gehilfen gegenüber den Betrieben mit Vehrlingen nicht mehr konkurrenzfähig seien. Es ist richtig, daß in Euskirchen bei 40 Schreinergehilfen 90 Vehrlinge beschäftigt sind. Hier wäre ein sehr dankbares Auf-gabengebiet der Innung sowie der Handwerkskammer, diesen Überstand zu beseitigen.

Die Bemühungen der Arbeitgeber, die Allgemein-verbindlichkeitserklärung zunichte zu machen, waren ohne Erfolg. Nachdem die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen war, forderte die Verbandsleitung die

# Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

## Einig im Geiste.

Um die Gemeinschaftsarbeit zu fördern, hatten die Jugendführer der Freien Gewerkschaftsjugend, der sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeitersportzentrale im Oktober ihre Getreuen nach Berlin geladen. Nach dem Bericht der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung befestigten die drei Bewegungen dort ihre Verbrüderung. Die Tatsache einer solchen Vereinigung ist uns christlichen Gewerkschaftlern zwar nichts Neues. Es war stets Aufgabe der freien Gewerkschaften, sozialistischen Weltanschauungsgeist in ihren Reihen zu hegen und zu pflegen. Gewiß redet man hier und da, wo es angebracht erscheint, von religiöser und politischer Neutralität. Das bedeutet zuguterletzt für den freien Gewerkschaftler nichts anderes, als eine bewußte Irreführung harmloser Menschen. Es gibt innerhalb des christlichen Teiles der Arbeiterschaft noch genügend Menschen, die man zu diesen Harmlosen zählen kann. Einmal den Werbemethoden der Sozialisten erlegen, können sie aber später, wenn sie den inneren Widerspruch erkennen und die Tendenz ihrer geistigen Umwelt ihnen klar wird, den Mut zur Umkehr selten finden.

Wie auf einem leuchtenden Schild stellt die „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ den Geist der obigen Veranstaltung der Öffentlichkeit dar. Sie schreibt in ihrer Nr. 43 vom 26. Oktober 1928:

„Aber die Öffentlichkeit möge wissen, daß die drei Zweige der Bewegung, die diese Kundgebung veranstalteten, trotz der Verschiedenheit der Aufgaben im Geiste eins seien und darüber hinaus eins seien mit der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Öffentlichkeit sollte erkennen, daß hier ein breiter Strom einem Ziele zustrebt.“

(Gespart durch Red.)

Daselbe — sinngemäß — hat zwar Bömelburg schon 1902 auf einer Tagung der freien Gewerkschaften gesagt, aber es ist gut, wenn wir immer wieder herausstellen, daß an dieser Tatsache sich nichts geändert hat.

Die sozialistischen Bestrebungen, sich der arbeitenden Jugend durch ihre Organisationen zu bemächtigen, ist nicht zu unterschätzen. Die sozialistische Partei als solche würde ja wohl kaum in der Lage sein, eine große Jugendorganisation ins Leben zu rufen. Aber, wie schon seit Jahrzehnten, steht die „freie“ Gewerkschaftsbewegung ihr zur Seite. Als treuen „Trabanten“ kann man sie bezeichnen; sie war immer bereit, die sozialistische Saat in noch unbebautes Land zu tragen. Auch die Oktobertagung der Führer der freien Gewerkschaften, der sozialistischen Parteiorganisation und der Arbeitersportzentrale, die als Jugendführer-Kundgebung bezeichnet war, wird auch nichts anderes haben bezwecken wollen, als die freie Gewerkschaftsbewegung in noch stärkerer Weise in den Dienst sozialdemokratischer Parteipolitik zu spannen. Diesmal konzentriert sich diese Konferenz auf die Arbeiterjugend. Das besagt auch die Entschliebung, die von den Versammelten der Öffentlichkeit übergeben wurde und die wir zum Teil hier wiedergeben:

„Vor zwanzig Jahren begannen die Organisationen der sozialistischen Arbeiter-Schaft Deutschlands, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, die Erziehung der schulentlassenen Arbeiterjugend im sozialistischen Sinne. Durch gemeinsame Maßnahmen förderten sie die sozialistische Jugendbewegung, die bei Ausbruch des Krieges über 100 000 Anhänger zählte. Heute umfassen die sozialistischen Jugendverbände etwa 800 000 Jugendliche. Gewerkschaften, Arbeitersportvereine und sozialistische Arbeiterjugend sind unabhängig voneinander, aber in freundschaftlicher Fühlungnahme tätig, um die heranwachsende Jugend für die Ideen und Aufgaben der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Trotz dieser erfreulichen Fortschritte stehen immer noch große Massen von Jugendlichen außerhalb der sozialistischen Bewegung. Es ist auch zweifellos, daß die sozialistische Jugendarbeit noch in erheblichem Maße ausgebaut werden kann. Eine große Steigerung des Umfangs und der Leistungen der sozialistischen Jugendbewegung ist möglich, wenn die drei großen Organisationen sich der Gemeinsamkeit ihrer Erziehungs- und Arbeitsziele stets bewußt sind, enger als bisher zusammenarbeiten und sich gegenseitige Förderung zuteil werden lassen.“

Der Erfolg der sozialistischen Jugendbewegung wird ferner in hohem Maße stets davon abhängen, daß die Masse der erwachsenen Arbeiterschaft ihr sympathisch gegenübersteht und zu aktiver Mitarbeit bereit ist. Mit Stolz kann auf die große Zahl von hingebungs-

„Der Deutsche“ ist das Leitblatt des christlichen Gewerkschaftlers.

„Der Deutsche“ führt die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe der Zeit im Sinne christlicher Weltanschauung.

„Der Deutsche“ behandelt objektiv und eingehend politische und kulturelle Probleme.

„Der Deutsche“ ist heute schon ein unentbehrliches Mittel im Kampf um die Geltung und Beachtung des Arbeiterstandes.

„Der Deutsche“ muß darum noch viel stärker verbreitet werden.

„Der Deutsche“ wird von mehreren gemeinsam bestellt, damit der einzelne den Bezugspreis erswingen kann. Zu zweien oder dreien bestellt entfällt auf den Besteller ein Monatsbeitrag von nur Mk. 1,— bis Mk. 1,50.

„Der Deutsche“ veranstaltet zurzeit eine großzügige Abonnentenwerbung. Erfolgreiche Werber erhalten wertvolle Bücherpreise.

„Der Deutsche“ wird beider Post bestellt. Postquittungen sind zu statistischen Zwecken nach Köln einzusenden.

Werbt für unsere Zeitung „Der Deutsche“.

vollen Mitarbeitern geblickt werden, aber im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung liegt es, daß die Anteilnahme der gesamten Arbeiterschaft an der Tätigkeit ihrer Jugendorganisationen sich steigert und die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit noch größeren Umfang als bisher annimmt.“

(Gespart durch Red.)

Der Schlusssatz dieser Entschliebung lautet: „Denn arbeitende Jugend und sozialistische Jugendbewegung sind eins.“ Das ist natürlich eine Übertreibung und keineswegs als Feststellung einer Tatsache zu bewerten. Denn die deutsche Jugend, auch die Arbeiterjugend, hat gottlob auch noch andere Ideale als nur sozialdemokratische. Immerhin erkennen wir, wohin der Weg gehen soll. Die Milderung materieller Not ist den Führern von links nur Mittel zum Zweck, den Geist des Sozialismus, materialistische Geschichtsauffassung und den Gedanken einer sozialistischen Kultur in die Hirne der Jugendlichen zu hämmern, um sie so reif zu machen für ihre parteipolitischen Absichten.

Immer aber werden solche Absichten den unfrigen direkt entgegengesetzt sein. Darum gilt es auf der Hut zu sein. Lernen wir vom Gegner, machen auch wir die Jugend mobil in unserem Sinne. Die Sammlung der Jugend in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht. Daneben ist die konfessionelle Jugendbewegung nach wie vor ein bedeutender Faktor. Aus diesem Jungbrunnen müssen uns die Menschen zu wachsen, dort ist noch viel Verfümmertes nachzuholen.

Um die Jugend, um das Volk der Zukunft ringen heute die Geister, um sie zu gewinnen für die großen Ziele ihrer Weltanschauungs- und Kulturbewegung. Eine einheitliche Zielstreben der christlichen Arbeiterbewegung und der konfessionellen Jugendbewegung würde die beiderseitigen Bestrebungen in der stärksten Weise fördern.

Als christliche Gewerkschaftler aber wollen wir nicht warten, bis die Jugend zu uns kommt, oder unserer Bewegung zugeführt wird, nein, wir wollen frühzeitig aufklärend ihnen näbertreten, um sie unseren Reihen anzuschließen. Die christliche Arbeiterjugend gehört der christlichen Arbeiterbewegung, wenn wir wollen, wenn wir uns regen.

Vierßen. Am 24. Oktober fand unsere Branchenversammlung statt, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Röthgens, begrüßte die Erschienenen und wurde gleich als erster Punkt die Werkstattverhältnisse im Polstergewerbe in Vierßen besprochen. Es stellte sich dabei heraus, daß der bestehende Tarifvertrag in vielen Betrieben nicht eingehalten wird. Selbst in Betrieben die dem Arbeitgeberverband angehören, wurden in dieser Beziehung Mängel aufgedeckt. Auch die Vorschriften bezgl. der Arbeitszeit werden nicht beachtet. Im vorigen Jahr soll es Betriebe gegeben haben, in denen bis 80 Stunden pro Woche gearbeitet worden ist. Zuschläge für Mehrarbeit sind selbstverständlich auch nicht gezahlt worden.

Solche Mißstände müssen unter allen Umständen unterbunden werden.

Kollege Werder, Düsseldorf, behandelte in kurzen Darlegungen den Grundgedanken des Tarifvertrages. Ein solcher kann nur zwischen einer zuständigen Gewerkschaft und einer Arbeitgeberorganisation bzw. einem einzelnen Arbeitgeber abgeschlossen werden. Sofern ein Tarifvertrag nicht für allgemeinverbindlich erklärt ist gelte dieser nur für die Vertragsparteien. In dieser Beziehung sei in Vierßen noch vieles nachzuholen, denn eine ganze Reihe Betriebe unterstehen dem Tarifvertrage nicht und gelte es, diesen dort zur Anerkennung zu bringen. In Zeiten guter Beschäftigung mögen sich vielleicht auch solche Betriebe in etwa nach dem Vertragslohn richten, in Zeiten schlechter Konjunktur werden die errungenen Vorteile aber wieder illusorisch gemacht. Vielfach sieht die Arbeiterschaft nur den Lohn als Hauptbestandteil des Tarifvertrages an. So wichtig dieser gewiß ist, dürfen die übrigen Bestimmungen, z. B. Ferien, Zuschläge für Überstunden, besonders auch die Grundlage für die Festsetzung der Altkordpreise usw. nicht vernachlässigt werden. Gerade in dieser Beziehung sei in den Betrieben, die nicht dem Arbeitgeberverband angeschlossen sind, noch sehr vieles zu bessern. Da der Tarifvertrag nur das Mindestmaß unserer Wünsche und Forderungen enthält, müßte es bei guter Organisation möglich sein, in allen Betrieben, die dem Tarifvertrag noch nicht unterstehen, bessere Bestimmungen zu erkämpfen. Unablässig müssen deshalb unsere Kollegen bemüht sein unsere Sachgruppe lückenlos auszubauen.

Nachdem noch verschiedene Maßnahmen besprochen und beschlossen waren und Kollege Raffelt und Kollege Werder noch auf die grundsätzliche Bedeutung unserer christl. Gewerkschaftsbewegung hingewiesen hatten, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Köln. Die letzte Mitgliederversammlung der Berufsgruppe der Tapezierer, Polsterer und Dekorateurs im Oktober hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Der Verlauf der Versammlung war ein sehr interessanter. Kollege Angermeier, der Geschäftsführer der Zahlstelle, gab zunächst einen Überblick über die Wirtschaftslage im Kölner Gebiete, ebenso über den Stand der gesamten Zahlstellen. Manches Wissenswerte, insbesondere über die gewerkschaftlichen Arbeiten innerhalb der Zahlstelle konnte er den Kollegen übermitteln.

Anschließend daran hielt Kollege Krajinsky einen Vortrag aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ausgehend von der Entwicklung der modernen Industrie schilderte er die ersten Regungen sozialen Strebens. Jede gewerkschaftliche Organisation blieb bis zum Jahre 1869 unterbunden, da bis dahin Koalitionsverbote in Deutschland bestanden. Die Folge war, daß die Arbeiterbewegung fast eine rein politische Angelegenheit war und Hilfe auch nur durch eine Staatsreform von vielen erwartet wurde. Unter der Herrschaft einer jungen liberalen Wirtschaft und der Staatsknute konnten die Lehren eines Lassalle, Marx, Engels, Liebknechts und Bebel's schnell Boden im Volke gewinnen. Auch das Abweichen vom Geiste des Christentums in den Ständen, die man damals zur oberen Schicht des Volkes rechnete, leistete dem allen Vorschub. Der Vortragende schilderte die großen sozialen Bestrebungen und Arbeiten von Männern christlichen Denkens. Eines Adolf Kolping in den Jahren von 1847 und später. — Er gründete schon im Jahre 1851 den Verband kath. Gesellensvereine. — Bischof Ketteler, der in Wort und Schrift, Staat und Bürgertum an ihre sozialen Pflichten erinnerte. Er schilderte die Gründung und das Wirken der im Jahre 1869 gegründeten christlich sozialen Vereine und der später ins Leben tretenden Arbeitervereine und die inzwischen gegründeten gewerkschaftlichen Organisationen. Bismarckscher Geist zerstörte durch das Sozialistengesetz — von 1878 bis zum Jahre 1890 — fast jedes soziale Wirken in Deutschland. Die dann wieder ins Dasein gerufenen gewerkschaftlichen Organisationen, hatten recht bald eine radikale, sozialistische und antichristliche Einstellung. Eine neutrale Gewerkschaftsbewegung war trotz aller Versuche christlicher Arbeiter aus ihnen nicht zu schaffen. Redner schilderte weiter die Gründung der christlichen Gewerkschaften, ihr Kämpfen und Ringen in den ersten Jahren ihres Bestehens. Auch die christlich denkenden Tapeziererkollegen zeigten schon recht früh gewerkschaftliches Regem. So gründeten die Tapezierer von München bereits 1898 eine Berufsgruppe, in der sie sich recht lebhaft betätigten. Aus den Ausführungen des Redners ging überzeugend die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften hervor. Die Worte, „wir sind auf dem rechten Wege und bleiben als Gewerkschaftler, Männer christlich-sozialen Geistes,“ fanden allseitige Zustimmung. Eine kurze Ansprache schloß sich dem Vortrage an.

Einige organisatorische Fragen verurtheten noch eine längere Aussprache. Darunter wurden manche Möglichkeiten zur Ausbreitung der Berufsgruppe erwähnt. Der Ausklang der Versammlung war ein recht guter.

Arbeitgeber auf, die Tariflöhne zur Auszahlung zu bringen. Dieses wurde befolgt für die Kollegen über 22 Jahre, für die jüngeren Kollegen wurden trotz der Verbindlichkeitserklärung niedrigere Löhne bezahlt.

Am 22. Oktober ging nachstehendes Schreiben an die freie Schreinerinnung Euskirchen:

Wir haben in letzter Zeit wiederholt festgestellt, daß der Tariflohn nicht in allen Betrieben bezahlt wird, besonders für jüngere Kollegen trifft dieses zu.

Wir eruchen Sie dringend, dafür zu sorgen, daß der allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag für das Holzgewerbe zur Durchführung kommt.

Wir eruchen Sie ferner, Ihre Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß wir in jedem Einzelfalle, der uns gemeldet wird, das Arbeitsgericht Euskirchen in Anspruch nehmen werden.

Unter dem 24. Oktober erhielten wir folgende Antwort der Arbeitgeber:

Das der Freien Schreinerinnung Euskirchen zugegangene Schreiben vom 22. Oktober geben wir Ihnen in der Anlage zurück, ohne von dem sachlichen Inhalt Kenntnis zu nehmen.

Wir eruchen Sie ferner, Ihre Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, daß wir in jedem Einzelfalle, der uns gemeldet wird, das Arbeitsgericht Euskirchen in Anspruch nehmen werden.

Hochachtungsvoll

i. A. der freien Schreiner-Innung Euskirchen gez. Dr. (unleserlich) Syndikus.

Auf den sachlichen Inhalt des Schreibens einzugehen, erübrigt sich für uns. Sonderbar erscheint es uns nur, daß die Schreiner-Innung von Euskirchen glaubt, mit derartigen Briefen, die nur der Ausdruck der Verärgerung sind, berechnete Forderungen der Kollegschaft abtun zu können.

### Rundschau.

Die Bedeutung des Deutschen Hygiene-Museums als Zentralinstitut für Volksgesundheitspflege nimmt immer größeren Umfang an. Es mag als ein gutes Zeichen für die große Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 angesehen werden, daß das Interesse für die Bestrebungen des Deutschen Hygiene-Museums durch Nachfrage nach seinen bekannten Wanderausstellungen einen solchen Umfang angenommen hat, daß bereits eine Reihe von Parallel-Ausstellungen geschaffen werden mußten.

Die Wanderausstellung „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ wurde in den letzten Monaten in Mainz, Stuttgart, Berlin und Wien gezeigt. Während in Mainz die Ausstellung von rund 22 585 Personen besucht wurde, steigerte sich die Zahl in Stuttgart auf rund 50 000 Personen.

Kleinere Ausstellungen über Gesundheitspflege wurden im Saargebiet gezeigt und zwar in den Ortschaften St. Wendel, Neunkirchen, Völklingen, Saarlouis, St. Ingbert und Merzig. Hier belief sich die Besucherzahl auf insgesamt rund 15 000 Personen.

gefunden in der Ausstellung „Gesundheit durch Leibesübungen“.

Aus den neuen Plänen des Museums ist ersichtlich, daß die Ausstellung „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen“ augenblicklich und in der nächsten Zeit in Stettin, Halle/Saale, Augsburg, Freiburg i. Br., Luxemburg, Kaiserslautern, Heilbronn, Oberstein/Oldb. und Kusel/Rheinpfalz zur Aufstellung gelangt.

Amerikas Automobilindustrie im ersten Halbjahr 1928. — Starke Verschiebungen in der Produktionsverteilung. Die Automobilherzeugung der Vereinigten Staaten und Kanadas betrug in der ersten Hälfte dieses Jahres 2 326 887 Wagen und weist gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres eine Steigerung um 5,8 Prozent auf, im Vergleich zum Rekordjahre 1926 dagegen eine Abnahme um 6,4 Prozent.

Table with 4 columns: Company Name, 1926, 1927, 1928. Rows include General Motors, Chrysler-Dodge, Ford, Willys-Overland, Hudson-Essex, Studebaker, Durant, Nash, Hupmobile, and Graham-Paige.

Die General Motors Corporation ist seit dem Vorjahre an die Spitze der amerikanischen Automobilproduzenten vorgerückt und hat ihren Anteil an der Gesamtzeugung der U.S.A. und Kanadas gegenüber 1926 von 23,9 Prozent auf 46,1 Prozent gesteigert.

### Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Überführung von Schwerbeschädigten zur Akkordarbeit. Die Streitfrage, ob Schwerbeschädigte auch fristlos oder nach befristeter Anündigung ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestelle von Zeitlohnarbeit an Akkordarbeit versetzt bzw. aus dem Zeitlohn in das Akkordverhältnis überführt werden können, ist neuerdings, wie uns der Z.-V. deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener Berlin NO. 18 mitteilt, durch Urteil des Arbeitsgerichtes M. Gladbach, Nr. U. C 22/28 dahin entschieden worden, daß eine solche Überführung zu Ungunsten der Schwerbeschädigten mangels gegenteiliger ausdrücklicher Vereinbarung bei oder nach der Einstellung nur mög-

lich ist, wenn entweder der Schwerbeschädigte mit der Überführung einverstanden ist, oder wenn der Arbeitgeber die Überführung unter Einhaltung der gesetzlichen bzw. der etwaigen längeren vertraglichen oder tariflichen Kündigungsfrist angekündigt und zu dieser Anündigung die Zustimmung der Hauptfürsorgestelle erhalten hat.

Jahrbuch für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Sozialberater, 3. Jahrgang, 194 Seiten, Preis RM. 0.90. Das wegen seines vielseitigen gebiengen Inhaltes über den Kreis der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hinaus beachtete Jahrbuch liegt nunmehr für das Jahr 1929 in geschmackvoller Ausführung vor.

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Sitz Berlin NO. 18, Große Frankfurter Str. 53, I, hat sich die Vertretung der sozialpolitischen und der besonderen wirtschaftlichen Belange der deutschen Kriegsoffer zur Aufgabe gemacht.

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe ist die Fachzeitung für jeden vorwärtsrebenden Tischler. Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2.- Mark. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle des Handwerkskunst Köln, Pöhlentw. 9/10 zu richten.

Sportschlitten-Rufen! Schneeschuhe! Ringelkufen, 150 cm Schlittenslänge Mk. 5,50 per Paar. Hultsied-Testgar-Bindungen Mk. 5,- per Paar. M. Walther, Fresen-N., Mehrfelder Straße 53a.

Intarsien jeder Art Anfertigen gegen 0.50 M. in Briefmarken E. Biller, Feidelsberg Theaterstraße 7. Original Ott's Ulmia Reform-Puhhobel mit Pockholzhohle, verst. Messeröffnung, Eisen 45 mm p. St. RM. 12,95 fr. Nachh. Hans Wülter, Cronenberg, Rhld. Werkzeugliste gratis und franko.